

# 2010

jahresbericht

Manchmal ist es wie  
im Märchen...

Noch vor einem Jahr haben wir uns diese Zustände gewünscht: Bürger, die für Ihre Mitbestimmungsrechte zu Tausenden auf die Straße gehen! Seit vergangenem Herbst hält dieser Zustand nun an. Früher, in den achtziger Jahren, waren es nur bestimmte Bevölkerungsgruppen, die für ihre Überzeugungen Straßen und öffentliche Plätze füllten, vornehmlich Studenten und alternativ orientierte Bürger. Heute ist es der gesamte Querschnitt unserer Gesellschaft, der sich für mehr Selbstbestimmung und Partizipation engagiert. Die Zeit ist gereift und wir, Mehr Demokratie, stehen erstmals vor der Ernte. Es ist wie beim Märchen von Frau Holle, wo die reifen Birnen rufen „pflückt uns, sonst verderben wir!“ oder das Brot im Ofen ruft „holt mich heraus, sonst verbrenne ich!“. So hören wir das laute Rufen und können nicht schnell genug die Ärmel hochkrepeln und die Körbe bereitstellen und füllen.

Mehr Demokratie ist gefragt wie nie zuvor. In den Hochphasen im vergangenen Sommer und Herbst rannten uns die Medien mit Anfragen die Bude ein. Von allen Seiten werden wir gefragt, was jetzt zu tun ist mit dem vielen Bürgerwillen, welcher sich artikulieren will und seine Rechte einfordert. Wir geben Antwort und sagen, was wir immer sagen: Lasst die Menschen abstimmen und gebt ihnen endlich faire Instrumente dazu!

*Claudine Nierth*

Ihre Claudine Nierth,  
Bundesvorstandssprecherin



## Ausblick 2011

Warum den direkten Weg gehen, wenn der  
Umweg vielleicht der schnellere ist?

„Von hinten durch die Brust ins Auge“ beschreibt unsere derzeitige Strategie auf Bundesebene recht gut. Wir setzen vor allem auf die Bundesländer. Je mehr Erfahrungen wir auf Landes- oder Kommunalebene mit der direkten Demokratie sammeln, um so eher wird sie selbstverständlicher Bestandteil der politischen Kultur. Widerstände und Vorurteile, die häufig auf Ängsten beruhen, können leichter überwunden werden. Und bei den Bürgern wächst das Bewusstsein, selbst Politik gestalten zu können. Um mehr Erfahrungen in den Ländern zu ermöglichen, müssen die häufig noch bürgerunfreundlichen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen verändert werden. Heiße Kandidaten für 2011 sind dabei das Saarland und Nordrhein-Westfalen, wo sich die Landesregierungen weitgehende Reformen vorgenommen haben. Aber auch in Brandenburg und Rheinland-Pfalz bestehen zumindest Chancen für Verbesserungen.

Neben den Reformen in den Ländern wollen wir möglichst viele Landesregierungen dazu bewegen, ein Volksentscheidungsgesetz in den Bundesrat einzubringen. Idealerweise schaffen wir es, SPD- und CDU/CSU-regierte Länder zusammenzubringen. Diese kühne Forderung kombinieren wir mit unserem stärksten Instrument – einem Volksbegehren in einem Bundesland - und ermöglichen somit die erste offizielle Volksabstimmung über die Volksabstimmung. Dazu machen wir in Schleswig-Holstein eine Volksinitiative, um die Landesregierung aufzufordern, eine Bundesratsinitiative zur Einführung von bundesweiten Volksentscheiden zu starten.

## **Baden-Württemberg**

Mit Blick auf die Landtagswahl im März 2011 starteten wir im Juni 2010 eine Unterschriftenaktion für eine Demokratie-Reform in Baden-Württemberg. Bis Ende 2010 unterstützten schon über 10.000 Menschen unsere Forderung nach fairen Volksbegehren und Volksabstimmungen. Über Stuttgart 21 forderten wir einen Bürgerentscheid und verliehen dem Stuttgarter OB 7.000 saure Gurken unter dem Motto „Sauer über Stuttgart 21“. Jede Gurke stand für eine Unterschrift für den Bürgerentscheid. Zudem haben wir einen Bürgerbegehrensbericht herausgegeben, der den großen Reformbedarf in Baden-Württemberg deutlich macht.

## **Bayern**

In Bayern wurde 2010 das Jubiläum „15 Jahre Bürgerentscheid“ begangen. 1995 hatten wir mittels eines Volksentscheids Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gegen den Willen der Landesregierung eingeführt. Nun finden rund 40 Prozent aller Bürgerbegehren in Bayern statt. Der Volksentscheid zum Nichtraucherschutz entfachte eine bundesweite Debatte über den Ausbau von Mitbestimmungsrechten.

## **Berlin**

Im vergangenen Jahr setzten wir uns für die Verbesserungen der Bürgerbegehrensregelungen ein. Im Fokus stand die Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden. Wir redeten mit Parteien, führten verschiedene Aktionen durch und sammelten Unterschriften für einen Aufruf. Leider konnte sich die SPD nicht dazu durchringen, verbindliche Bürgerentscheide einzuführen. Aber immerhin überzeugten wir die Koalition davon, das Beteiligungsquorum in ein Zustimmungsquorum umzuwandeln und etwas zu senken. Wir gründeten außerdem das Netzwerk Wahlalter 16, um auf Landesebene das aktive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken.

## **Bremen**

2010 haben wir das Projekt „Demokratie macht Schule“ gestartet. Vor der Bürgerschaftswahl im Mai 2011 wollen wir so die

Jugendlichen über das neue Wahlrecht informieren und sie motivieren an der Wahl teilzunehmen. Durch einen Beschluss der Bürgerschaft ist Bremen das erste Bundesland, in dem auch 16- und 17-jährige zum Landtag wahlberechtigt sind. Die kommende Wahl ist die erste nach dem neuen, von Mehr Demokratie 2006 vorgeschlagenen, Wahlrecht. Die Wähler können mit fünf Stimmen kumulieren und panaschieren und erhalten so mehr Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments.

## **Hamburg**

Der Hamburger Landesverband ist schuldenfrei! Allerdings gab es keinen Mitgliederzuwachs in 2010. Die Überarbeitung des 1998 vom Volk beschlossenen Gesetzes über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mit den Obleuten des Verfassungsausschusses des Landesparlamentes liegt wegen des Endes der Hamburger Regierungskoalition auf Eis. Die aufgetretenen Probleme ließen sich aber auch weitgehend durch besseren Umgang der Bezirksparlamente und der Verwaltung mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beheben – vorausgesetzt, der Wille dazu ist vorhanden. Die direkte Demokratie wurde in Hamburg auch 2010 auf Landes- und Bezirksebene rege genutzt, unter anderem beim Volksentscheid zur Schulreform.

## **Hessen**

Zurzeit liegen Entwürfe der CDU/FDP, der Grünen und der SPD zu einer Reform der Volksgesetzgebung vor. Bei der Expertenanhörung im Dezember 2010 zu den verschiedenen Gesetzentwürfen im Hessischen Landtag waren wir als Sachverständige geladen. Im März 2011 stimmen die Hessen in einem obligatorischen Referendum über die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung ab. Dies wäre ein guter Zeitpunkt, den Bürgern die Eckpunkte einer Reform der direkten Demokratie mit zur Abstimmung vorzulegen.

## **Niedersachsen**

2010 haben wir uns für den Erhalt der Stichwahlen bei Bürgermeister- und Landratswahlen eingesetzt. Aktionen zu-

sammen mit acht Unterstützerorganisationen brachten einige Aufmerksamkeit für das Thema. Ein Erfolg unserer langjährigen Überzeugungsarbeit ist eine Reform beim Bürgerentscheid: Schummeln, wie der Verzicht auf Briefabstimmung und Abstimmungsbenachrichtigung, ist ab Herbst 2011 nicht mehr möglich. Bürgerentscheide werden dann genauso durchgeführt wie Kommunalwahlen, was ihre Erfolgchancen erhöht.

## **Nordrhein-Westfalen**

Zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 befragten wir alle Direktkandidaten. Thema war die Haltung der Mandatsbewerber zu unseren Forderungen nach mehr direkter Demokratie und einem demokratischeren Wahlrecht. Parallel liefen Aktionen in verschiedenen Orten, um das Interesse der Bürger und Medien zu wecken. Ergebnis waren weit reichende Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen. Kommunale Bürgerbegehren und landesweite Volksentscheide sollen vereinfacht werden. Bei Bürgermeisterwahlen wird die Stichwahl wieder eingeführt.

## **Rheinland-Pfalz**

Im vergangenen Sommer haben wir in Rheinland-Pfalz mit unserem Demokratie-Mobil eine Reform bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden angeschoben. Auf einer Sommertour quer durchs Land sammelten wir Unterschriften für unsere Forderung. Natürlich waren auch etliche Gespräche mit Politikern nötig. Aber es hat sich gelohnt. Nach der Reform ist Rheinland-Pfalz im Volksentscheids-Ranking von Platz 15 auf Platz 9 vorgerückt. Die Menschen haben es dort nun leichter, mithilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden die Kommunalpolitik mitzubestimmen.

## **Saarland**

Die Jamaika-Koalition im Saarland hielt 2010 im Koalitionsvertrag fest, die direkte Demokratie zu reformieren. Als die Beratungen dazu begannen starteten wir gemeinsam mit dem Omnibus für direkte Demokratie eine dreiwöchige Tour durchs Saarland und sammelten Unterschriften



für unsere Vorschläge zur Reform. Unterstützung gab es von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, den Freien Wählern, der Linken und der Piratenpartei. Die Reform soll im Frühjahr beschlossen werden. Bis dahin führen wir die Unterschriftensammlung fort.

#### Sachsen

Der Infostand von Mehr Demokratie auf der Leipziger Buchmesse im März 2010 war ein Ort für Begegnungen und Gespräche über direkte Demokratie, der viele Besucher anzog. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Postkartenaktion von Mehr Demokratie gegen Firmenspenden an Parteien. In den Gesprächen zeigte sich, dass Bürger sich mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung wünschen, um zukünftig schon den Verdacht auf Käuflichkeit politischer Entscheidungen zu verhindern.

#### Schleswig-Holstein

Wir haben uns 2010 in Schleswig-Holstein mit einem eigenen Gesetzentwurf in die Debatte um ein neues Wahlrecht eingemischt. Bei einer Expertenanhörung konnten wir unseren Vorschlag präsentieren, der bisher jedoch nicht aufgegriffen wurde. Noch ist das neue Wahlrecht nicht verabschiedet – wir bleiben dran.

#### Thüringen

Mehr Demokratie in Thüringen hat im Januar 2010 einen Landesverband gegründet. Unmittelbar danach hat der sechsköpfige Vorstand die Forderung aufgemacht, die parlamentarische Gesetzgebung für Bürgerbeteiligung zu öffnen. Zu den Gesetzentwürfen, die im Landtag auf der Tagesordnung stehen, sollen die Bürger Stellungnahmen abgeben können, die vom Landtag in öffentlichen Ausschusssitzungen zu behandeln sind. Noch diskutiert der Landtag das Modell, das deutschlandweit einmalig wäre. Eröffnet hat der Landesverband im Juni ein Büro in Erfurt, dessen Hauptaufgabe die Bürgerbegehrens-Beratung ist.

#### Europäische Bürgerinitiative

2010 wurde das erste transnationale Instrument direkter Demokratie beschlossen: die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Mit ihr haben eine Million EU-Bürger das Recht, die EU-Kommission aufzufordern, ein Gesetz auf den Weg zu bringen. Wir haben die EBI mit aus der Wiege gehoben und mit unserem Mann in Brüssel, Gerald Häfner, das Ausführungsgesetz maßgeblich mitgestaltet. Unser Ziel bleibt aber die voll ausgeprägte Volksgesetzgebung auf EU-Ebene, mit der die Menschen nicht nur Vorschläge machen, sondern selbst verbindlich entscheiden können.

#### Weltkonferenz der direkten Demokratie

Zum dritten Mal trafen sich im vergangenen Jahr Hunderte Direktdemokraten aus der ganzen Welt zum Global Forum on Modern Direct Democracy, dieses Mal im spätsommerlichen San Francisco. Die regelmäßigen Weltkonferenzen dienen der Vernetzung der direktdemokratischen Bewegungen.

#### Jahrestagung „Wer regiert das Geld?“

Geld regiert die Welt, aber wer regiert das Geld? So die Kernfrage der Jahrestagung im Juni 2010. Referenten aus unterschiedlichen geldpolitischen Strömungen diskutierten mit über 100 Teilnehmern, welche Konsequenzen unser demokratisches System aus der Wirtschaftskrise ziehen muss. Essenz der Tagung nach Gerald Häfner: „Wir dürfen nicht weiter anderen das Steuer überlassen, wir müssen selbst ans Steuer!“

#### Ökumenischer Kirchentag

Fast 200.000 Menschen besuchten den Ökumenischen Kirchentag im Mai 2010 in München und wir waren mit einem Stand mittendrin. Tausende Besucher informierten sich über unsere Arbeit und füllten Grußkarten an ihren Abgeordneten aus, mit denen sie bundesweite Volksentscheide forderten.

## Krieg und Demokratie Jahrestagung 2011

Demokratien führen keine Kriege untereinander. Doch warum ist dies so? Und warum führen Demokratien dennoch Kriege gegen Nicht-Demokratien? Was sind Kriege? Was ist der Zusammenhang zwischen Krieg, Frieden, Nationalstaat und Demokratie? Wie könnten internationale Organisationen ausgestaltet sein, um Kriege zu verhindern?

### 20. bis 22. Mai 2011

Haus Hainstein in Eisenach

Jetzt anmelden! Das genaue Programm und ein Anmeldeformular finden Sie demnächst unter: [www.mehr-demokratie.de/jahrestagung.html](http://www.mehr-demokratie.de/jahrestagung.html)

### Bitte vormerken

#### 9. April 2011

Bundesmitgliederversammlung  
in Kassel

#### 20. bis 22. Mai 2011

Jahrestagung in Eisenach

#### 19./20. November 2011

Bundesmitgliederversammlung  
in Düsseldorf

Mehr Demokratie e.V.  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
Telefon 030 420 823 70, Fax 030 420 823 80  
[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)

Kto. Nr. 885 81 05, BLZ 700 205 00  
Bank für Sozialwirtschaft

## Finanzüberblick 2010 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>Kampagnen</b>			
Volksbegehren Hamburg		- 5.000	
Aktionen Rheinland-Pfalz/Saarland		- 12.320	
Kampagnen und Aktionen (inkl. Mitarbeiter)		- 30.491	
MD-Mobil		- 1.354	
Reform-/Lobbyarbeit		- 23.101	
			- 72.266
<b>Europaarbeit/Internationale Arbeit</b>			
European Citizens Initiative Kongress	1.500	- 8.538	
EU-Buch „Europa in guter Verfassung“		- 1.267	
Global Forum on modern direct democracy	5.500	- 5.225	
			- 8.030
<b>Demokratie in Bewegung (Südosteuropatour)</b>			
Honorare, Computer, Reisekosten		- 1.956	
Bündnispartnerbeiträge	4.655		
			2.699
<b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b>			
Gestaltung, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.		- 83.500	
Zeitschrift für direkte Demokratie		- 30.422	
Abo Einnahmen	825		
			- 113.097
<b>Verbandsinterne Demokratie</b>			
Mitgliederversammlungen, Urabstimmung, Vorstand		- 23.621	
			- 23.621
<b>Bildungsarbeit</b>			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung		- 10.769	
Jahrestagung, Tagungshaus, Referenten, Organisation		- 16.629	
Jahrestagung Teilnehmerbeiträge und Spenden	12.477		
			- 14.921
<b>Wissenschaft</b>			
Bürgerentscheidsdatenbank, Bürgerentscheids- und Volksentscheids-Berichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		- 17.029	
Buchproduktion „Mehr Demokratie wagen“/Jahrbuch dD		- 3.513	
Buchverkauf	5.545		
			- 14.997
<b>Verwaltung</b>			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		- 70.566	
Kreditvergabe und -einnahmen	79.280	- 61.280	
Kostenerstattung für Fördererwerbung durch Landesverbände	23.193		
			- 29.373
<b>Fundraising, Werbekosten</b>			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		- 63.490	
Druck, Honorare, Weiterbildung		- 49.779	
Geldauflagen		- 2.790	
Beiträge	192.400		
Mailing Spenden	92.884		
Großspenden (ab 10.000,- Euro)	79.738		
Sonstige Spenden	34.614		
Sonstige Einnahmen	2.308		
Förderung/Stiftungen	13.500		
			299.385
Vortrag aus dem Jahr 2009		- 3.955	
Summe	548.419	- 526.595	
			Ergebnis 2010 21.824